



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Reinhold Strobl, Ruth Müller, Bernhard Roos, Johanna Werner-Muggendorfer, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Bayerisch-tschechische Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich: Rück- und Ausblick

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die gegenwärtige bayerisch-tschechische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitsbehörden umfassend zu berichten.

Dabei stehen folgende Fragen im Fokus des Interesses:

- Welche konkreten Auswirkungen haben der deutsch-tschechische Polizeivertrag vom April 2015 als auch die Gemeinsame Absichtserklärung vom Oktober 2015 auf die grenzüberschreitende Polizeiarbeit vor Ort, vor allem im Kampf gegen Organisierte Kriminalität?
- Welche weiteren Schritte der Intensivierung der Zusammenarbeit sind geplant?
- Welche Herausforderungen respektive Schwierigkeiten und Komplikationen ergeben sich aus Sicht der Staatsregierung bei der Zusammenarbeit vor Ort?
- Inwieweit konnte die Polizeiinspektion Fahndung in Selb in die bisherigen Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit eingebunden werden und wurde sie mit eingebunden?

Begründung:

Kriminelle Organisationen, Strukturen und Mächtschaften interessieren sich nicht für Landesgrenzen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden nimmt deshalb zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit des Freistaates sukzessive an Bedeutung zu. Das gilt insbesondere für die bayerisch-tschechische Kooperation, teilt sich doch Bayern mit der Tschechischen Republik eine über 350 Kilometer lange Außengrenze.

Folgerichtig wurde im April 2015 ein deutsch-tschechischer Polizeivertrag unterzeichnet, mit dem Ziel verbesserte rechtliche Grundlagen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Zollbehörden zu schaffen. Gleiches gilt für die im Oktober 2015 von Bayern und Tschechien verabschiedete „Gemeinsame Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, deren Fokus auf Drogenkriminalität, Eigentums kriminalität sowie Kraffahrzeugdiebstahl gerichtet ist.

In den Schwerpunktbereichen erklärten sich dabei Kooperationspartner zur Einrichtung eines standardisierten Informationsaustauschs, zur Durchführung gemeinsamer polizeilicher Ermittlungen und gemeinsamer Präventionsmaßnahmen sowie in geeigneten Fällen zu einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit bereit.

Zwei- bzw. eineinhalb Jahre nach Verabschiedung der gemeinsamen Absichtserklärung ist es aus unserer Sicht erforderlich, diesem über den gegenwärtigen Stand der bayerisch-tschechischen Zusammenarbeit in der Polizeiarbeit vor dem Hintergrund beider Abkommen zu berichten und dabei auf erreichte Fortschritte und geplante Intensivierungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einzugehen, als auch auf Herausforderungen und etwaige Schwierigkeiten, die in der Zusammenarbeit vor Ort entstehen. Ebenfalls von Interesse ist die Einbindung der neuen Polizeiinspektion Fahndung in Selb in die bestehenden grenzüberschreitenden Strukturen der Polizeiarbeit, vor allem dem Gemeinsamen Zentrum Petrovice-Schwandorf.